

65. Baltisches Historikertreffen vom 1. bis 3. Juni 2012 in Göttingen

Der Vorsitzende der Baltischen Historischen Kommission, MATTHIAS THUMSER (Berlin), eröffnete die Tagung. Bei der Vorstellung laufender Forschungsprojekte der Kommission war die Reihe an DIRK-GERD ERPENBECK (Bochum), der eine breit angelegte Spurensicherung zu dem Schriftsteller, Kolumnisten, Übersetzer und Zeichner *Sigismund von Radecki (1891-1970)* betrieben hat. Greifbare Ergebnisse sind u.a. die Einrichtung einer Forschungsstelle an der Martin-Opitz-Bibliothek und die Netzpublikation seines Werkverzeichnisses auf der Website der BHK (www.balt-hiko.de). Außer einem problemorientierten biographischen Abriss gab Erpenbeck einen Einblick in die von Zersplitterung gekennzeichnete Nachlasssituation.

Es folgten drei Vorträge zu **neuen Forschungen zur baltischen Geschichte**.

MADLENA MAHLING (Berlin) hatte „*Ad rem publicam et ad ignem*“ zur Überschrift ihres Vortrags *Das mittelalterliche Schriftgut des Rigaer Rats und sein Fortbestand in der Neuzeit* gewählt – den Wahlspruch der Rigaer Kanzlei, der – aufgrund einer Verlesung Buchholtz' („et“ für „ut“) – wie ein Vorläufer moderner Kassationsordnungen wirkt, aber eher die Verantwortung der Archivare für die Rechtspositionen des Gemeinwesens unterstreicht. Mahling stellte die komplizierte Überlieferungssituation des ehemaligen Rigaer Stadtarchivs mit ihren Brüchen, Verlusten und Aufteilungen (u.a. Historisches Archiv und Akademische Bibliothek Lettlands) ebenso übersichtlich wie tiefeschürfend dar. Besonderes Augenmerk richtete sie auf die Frage, wie die Schwäche bestimmter Rechtspositionen (u.a. im Kirchholmer Vertrag) die Archivierungspolitik bestimmte. Ihre Arbeit wird die Benutzung der Rigaer Archivalien erleichtern und ihnen eine angemessenere Würdigung durch die Forschung im Vergleich zum erhaltungsmäßig begünstigten Revaler Stadtarchiv ermöglichen.

FELIX HEINERT (Köln) sprach über *Mentale Landkarten: Riga und die Topographien jüdischer Selbstverortung um 1900*. Sein Hauptanliegen war der Nachweis, dass es bei den Versuchen, einem liberalen deutschbaltischen Regionalismus neben dem Monarchismus und dem Sympathisieren mit den „Kadetten“ Stimme und Gewicht zu verschaffen, breite Berührungspunkte mit dem Flügel des Rigaer Judentums gab, der das Deutsche für die gegebene Sprache des baltischen Judentums ansah. In dem informellen „Deutschen Liberalen Klub“ trafen Exponenten der sich berührenden Richtungen wie Paul Schiemann und Max Schönfeldt zusammen. Heinert hielt fest, dass in einer Forschungssituation, in der die lange als gegeben angesehene reale Existenz eines Baltischen Regionalismus deutscher Prägung überhaupt bezweifelt wird, es trotzdem wichtig sei, anzuerkennen, dass er in rückblickender Selbstverortung nicht als „völlig deutsch(baltisch)er Gegenstand“ reklamiert werden könne.

Den Beschluss machte DOROTHEE GOEZE (Marburg) mit dem Vortrag *Kulturvermittlung im Zeichen des Kalten Krieges. Otto A. Webermann, eine Biographie zwischen Estland und Deutschland*. Die Referentin bettete ihren Ansatz in den Zusammenhang mit der wieder erstarkenden Biographie-Tradition ein, wobei sie den Kapitalbegriff Bourdieus auf das von Webermann (1915-1971) erworbene und weitergegebene Kulturkapital anwendet. Einer bescheidenen Karriere des vom Auslandsstudium in Halle 1944 dienstverpflichteten und dann über ein Lager für „displaced persons“ nach Göttingen gekommenen und dort verbliebenen Esten bäuerlicher Herkunft – bis 1951 Doktorand, Lektor für Estnisch und erst 1964 eine Stelle als Akademischer Rat – steht eine weltumspannende Rolle als Vermittler im wissenschaftlichen Austausch gegenüber. Auf seinen Forschungsgebieten – estnische Literatur und Kulturgeschichte, deutsche (vor allem deutschbaltische) Literatur und allgemeine Literaturwissenschaft, kulturelle Probleme der Ostseeländer und ideengeschichtliche Fragen – als Autorität anerkannt, stand er in Kontakt mit der exilbaltischen (u.a. Toivo U. Raun), der deutsch(baltisch)en und auch der sowjetestnischen (u.a. Rita Tasa) Forschung.

Es schloss sich die Fachtagung **Grenzkorrekturen, Arrondierungen und ihre Bewältigung in Nordosteuropa** an.

ROBERT SCHWEITZER (Lübeck/Helsinki) und RALPH TUCHTENHAGEN (Berlin) stellten als Tagungsleiter Programm und wissenschaftliche Ziele vor. Schweitzer erläuterte die Beziehung des Themas zu dem 200-jährigen Jubiläum der Wiederangliederung der 1721/43 von Russland eroberten Gebiete des sog. Alten Finnlands um Wiborg an das 1809 neu konstituierte autonome Großfürstentum Finnland, einem seltenen Fall der „Herausgabe“ einer Eroberung nach einem gewonnenen Krieg, der eine Grenze kurz vor Russlands Hauptstadt schuf. Tuchtenhagen entwarf ein generelles Analyseschema für Grenzveränderungen und deren Effekte auf Ordnungsstrukturen und Bevölkerungen diesseits und jenseits von Grenzlinien. Die daraus entspringenden Reaktionen der Grenzbevölkerungen interpretierte er als „Nachverhandlung“ des zuvor auf einer übergeordneten politischen Ebene geschlossenen Grenzvertrages. Diese Nachverhandlung kann aus der Perspektive der grenzregionalen Bevölkerung verschiedene Formen annehmen und/oder verschiedene Phasen durchlaufen, die in einer aufsteigenden Linie nach dem Grad der Akzeptanz oder Opposition kategorisiert und begrifflich gefasst werden können.

JAMES WESLEY SCOTT (Berlin/Joensuu) machte einleitend „Einige Bemerkungen zur Theorie der Grenze“, in denen er die Rolle von Grenzen im Rahmen von Staatlichkeit, Gesellschaft, Geographie und Kultur kategorisierte und operationalisierte. Dabei setzte er einen Schwerpunkt in der Herausarbeitung des Zusammenhangs von Nationalstaatlichkeit und der Genese von „border landscapes“. In einem zweiten Teil ging Scott auf verschiedene Schulen und Ausprägungen der Grenztheorie-Diskussion ein, darunter Geodeterminismus, Possibilismus, den neokantianischen Funktionalismus, geographischen Szientismus, marxistischen Kritizismus und Sozialkonstruktivismus.

RALPH TUCHTENHAGENs Vortrag *Grenzverschiebungen in „Altfinnland“ 1721-1812* zeigte die Hintergründe des Bezugsdatums 1812 auf. Während auf dem seit 1617 schwedischen Ingermanland nach der Eroberung 1703 die neue russische Hauptstadt gegründet worden war, formierte man aus dem Gebietsstreifen um das 1710 eroberte Wiborg nach dem Friedensschluss von 1721 einen Militärbezirk, dessen Kommandanten die angestammten Rechte der Bevölkerung achten sollten. Daher galt neben dem russischen subsidiär das schwedische Recht – in den 1743 erworbenen Gebieten sogar das neue schwedische Gesetzbuch von 1734. Städte und Kirche behielten ihre Privilegien, aus Offizieren bildete sich ein deutsch geprägter Neuadel. Die „Baltisierung“ wurde durch die Zuständigkeit der auch für Estland und Livland zuständigen Oberinstanz in Petersburg gefördert; die Einführung der katharinäischen Städteordnung und Statthalterschaftsverfassung führte nicht zu Konflikten. Der militärische Aufwand für den neuen Festungsgürtel für die Hauptstadt, der auf schwedischer Seite den Bau u.a. von Sveaborg hervorrief, bestimmte stark das tägliche Leben. Andererseits stiegen die wirtschaftlichen Möglichkeiten. Der Bewältigungsprozess muss demnach nach Ständen differenziert werden; den Bauern drohte aber nach einem Jahrhundert erfolgreicher Verteidigung ihrer Rechte eine massive Statusverschlechterung auf den an Russen verschenkten „Donationsgütern“.

Das Fallbeispiel Narva: Zugehörigkeitswechsel und Identitätsfragen wurde von KATRI RAIK (Narva/Tartu) vorgestellt. Von den 65.000 Einwohnern (2011) sind 96 % russischsprachig, 46 % estnische Staatsbürger, 36 % russische Staatsbürger; 17 % Staatenlose; die offizielle Arbeitslosenrate beträgt 16 %, wozu vor allem die Schließung der Textilfabriken auf Kreenholm mit dem Verlust von 11.000 Arbeitsplätzen beitrug. Als Beispiele für die in sich widersprüchliche Einstellung der Bevölkerung zu Estland und Russland und zu ihrer Stadt wurden Äußerungen aus zwei Umfragen vorgestellt: dem von der Stiftung „Russkij mir“ geförderten Oberklassenschüler-Projekt (2010/II-352) „Zwischen Russland und Estland: Grenze, Kultur und Leute in Narva / Ivangorod“ (2011) und Befragungen von Sergej Gorochovoj 1991-2008. Daraus ergibt sich: a) Es gibt keinen Staat, in dem sich die Einwohner von Narva zu Hause fühlen; b) Narva wird als eine separat stehende En-

klave zwischen zwei Staatsgrenzen angesehen (man kommt aus Russland nach Narva, von wo aus man weiter nach Estland kommt); c) die Stadt bezieht ihre Identität immer noch aus der Zeit als sowjetische Industriestadt. Verschiedene Symbole in der Stadt verweisen auf das Alte Narva (seit Peter dem Großen!), auf das sowjetische Narva und auf das Narva der Republik Estland. Bemerkenswerte Unterschiede zeigen sich in der Einstellung der verschiedenen Generationen; Estnischkenntnisse haben von den Narvaer Russen nur 60 % (alle Russen Estlands: 80 %); die Sowjetzeit sehen nur noch 22 % als Okkupation (früher 49 %); der größte Feiertag ist der 9. Mai; estnische Staatsfeiertage verlaufen „normal“.

KERSTI LUST (Tartu) wendete sich zu Beginn ihres Vortrags *Von Verwaltungs- zu ethnischen Grenzen – „Estland“ im 19. Jahrhundert* unter Berufung auf Ea Jansen gegen die These von der Kontinuität zwischen der deutschbaltisch geprägten Autonomie und der Staatlichkeit der Esten und Letten – diese sei von Wesen und Institutionen her vom europäischen Nationalismus bestimmt gewesen. So habe auch die estnische nationale Bewegung in der Zeit des nationalen Erwachens den Begriff des geografischen Vaterlandes eingeführt, das dort sei, wo „auch immer die estnische Sprache gesprochen werde!“ Die Referentin verfolgte diese Idee von der Bittschriftenaktion 1864 über die Senatorenrevision von 1882 bis zu den nach der Revolution von 1905 zugelassenen „Verbesserungsvorschläge“, als Peeter Speek und Jaan Tõnisson neben der Angliederung Nordlivlands an ein estnisches Landesselbstverwaltungsgebiet auch die von Narva und Setumaa vorschlugen. Der Druck der Verhältnisse ließ freilich auch an Akzeptierung der Provinzgrenzen bei mehr Mitbestimmung denken (Carl Robert Jakobsons Zemstvo-Forderung, Konstantin Päts Absprache mit der Ritterschaft 1915). Eine gesamt Baltische Lösung (Harry Janssen um 1880) wurde meist abgelehnt – innerhalb dieser Grenzziehung sei die Perpetuierung des deutschen Einflusses vorprogrammiert.

ROBERT SCHWEITZER sprach über das Thema *„Sicherheitsabstand“: das Ringen um Aufhebung oder Konsolidierung innerer Grenzen in Imperien* am Beispiel der unter Katharina II. und Alexander I. geschaffenen Binnengrenzen zwischen dem ursprünglichen russländischen Kernreich und seinen angegliederten Territorien aus dem Bestand des Polnisch-Litauischen (1772, 1793, 1795, 1815) und des Schwedischen Reiches (1809). Dabei analysierte er insbesondere die Zollgrenzen, die Grenzen der Rechtsautonomie und die Einrichtung separater Universitäts-/Schulbezirke. Ziel der administrativen Abgrenzung und rechtlichen Separierung insbesondere der polnisch-litauischen Gebiete sei es u.a. gewesen, eine drohende Dominanz der zahlreichen Vertreter des polnischen Adels in den russländischen Standesgremien und hohen Reichsämtern zu verhindern.

In seinem Vortrag *Territorialization of Ethnicity in the Russian Empire? (The Case of the Lithuanians in Augustav/Suvalki province)* zeichnete DARIUS STALIUNAS (Vilnius) die Nationalitätenpolitik der Regierung Russlands im Königreich Polen und in den sog. Nordwestgouvernements des Russländischen Reiches nach. Dabei kam er zu dem Ergebnis, dass die Schaffung von Binnengrenzen in diesem Gebiet zunächst dem Schutz vor dem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufkommenden polnischen Volksnationalismus diene. Durch eine Stärkung der litauischen Nationalbewegung hoffte die russländische Regierung, die polnische Nationalbewegung in Schach halten zu können. Eine litauische Nationalidee jenseits des litauischen Adels entwickelte sich jedoch erst im späten 19. Jahrhundert. Um die Jahrhundertwende 1900 erschien der russländischen Regierung die litauische Linke dann bereits gefährlicher als der polnische Nationalismus. All diese politischen Einschätzungen schlugen sich in administrativen Grenzveränderungen nieder. Die Provinz Suvalki ist hierfür eines der herausragenden Beispiele.

JOACHIM TAUBER (Lüneburg) behandelte das Thema *Litauen ohne Vilnius: der Irredentagedanke in der litauischen Politik*. Tauber beleuchtete die sog. Vilnius-Frage im Rahmen der litauischen Außen- und Innenpolitik. Vilnius mit seiner traditionell von Polen dominierten Bevölkerung gehörte in der Zwischenkriegszeit zwar zu Polen, galt den Litauern aber als ihre historische Hauptstadt und wurde deshalb von Polen zurückgefordert. In die Grenzthematik gehört die Vilnius-Frage

deshalb, weil das Vilnius-Gebiet eine „border landscape“ bildete. Die außenpolitischen Rahmenbedingungen waren dadurch charakterisiert, dass Deutschland und die Sowjetunion Litauen in der Vilnius-Frage unterstützten, um den gemeinsamen Feind Polen zu schwächen, das Scheitern des Völkerbundes eine international anerkannte Lösung der Vilnius-Frage blockierte, die Bildung einer „Baltischen Entente“ zur außenpolitischen Absicherung der baltischen Staaten, die französische „Cordon sanitaire“-Politik und die Bildung einer „Kleinen Entente“ aufgrund der Vilnius-Frage verunmöglicht oder behindert wurden und die britische Appeasement-Politik eine Lösung der Vilnius-Frage im Sinne Litauens zusätzlich befeuerte. Innenpolitisch provozierte die Vilnius-Frage mehrere Regierungswechsel, u.a. die Systemwende von 1926. Sie produzierte außerdem eine dezidierte Geschichtspolitik (Gedenksteine, Fest- und Mahnreden, Feiertage etc.) und führte zu einer allgemeinen politischen Mobilisierung der Gesellschaft.

MAX ENGMAN (Åbo) analysierte in seinem Vortrag „*Grenzfälle*“: *aus der Entstehungszeit der finnisch-russischen Grenze nach 1917* Phänomene der Grenzgenese zwischen 1917 und 1921. Dabei kamen außenpolitische Faktoren wie z.B. Ludendorffs Hilfsangebot für Finnland zur Sprache; der Schwerpunkt seiner Ausführung lag jedoch auf den grenzbezogenen Maßnahmen der beiden Embryonalstaaten Finnland und Sowjetrußland. Themen waren u.a. die Quarantäne von Terijoki, die Bildung von Freikorps-Grenztruppen beiderseits der sowjetisch-finnischen Grenze, die Einsetzung von Grenzkommandanten, unterminierende Aktivitäten wie Schmuggel von Waren, aber auch von Menschen, darunter Repatrianden, Kommunisten, Kriegsgefangene, Flüchtlinge und Ausgewiesene. Die Flüchtlingsdebatte erreichte 1919 das finnische Parlament, wo eine Furcht vor dem „russisch-jüdischen Schmutz“ eines der grundlegenden Themen war. Ein anderes zentrales Ereignis der finnisch-sowjetischen Grenzauseinandersetzungen bildete die sog. Kamenev-Affäre.

Die *Schlussdiskussion* wurde durch ein *Impulsreferat* von HANS-JOACHIM BÜRKNER (Potsdam) eingeleitet. Bürkner betonte, dass eine interdisziplinäre Zusammenarbeit hinsichtlich der Grenzthematik unabdingbar sei, wolle man nicht in die „Kartenfalle“ tappen, d.h. Grenzen als eine rein geometrisch-geographische Angelegenheit ansehen. Aus den zahlreichen Ansätzen der Grenzforschung hob er die „Bordering“-Theorie heraus. Grenzen seien auf mehreren Ebenen sozial konstituiert und würden auf dieser Grundlage politisch und bürokratisch konzeptionalisiert. Andererseits seien die Abstraktionen der Grenztheorie wenig rückgekoppelt an den Alltag. Eine an den Alltagspraktiken orientierte Grenzforschung sei gefordert. Außerdem müsse auch der Zeitfaktor in die Analyse mit einbezogen werden, d.h. eine historische Grenzforschung sei unbedingt Teil einer Theoriebildung zur Grenze. Die Diskussion kreiste danach um Fragen der lokalen Grenzakzeptanz, der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen der Grenzphänomene, um Grenz- und Machtsymbole, den Einfluss der Menschenrechtsdebatte und des proletarischen Internationalismus auf die Wahrnehmung von Grenzen, Grenzkrise, Grenzschutzvereine, die Möglichkeiten einer Vernetzung von Makro- und Mikroperspektiven auf Grenzen, die soziale Konstruktion von Grenzen, nichtstaatliche Grenzen in der Vormoderne, das Verschwimmen von Grenzen in der Wahrnehmung der Grenzbevölkerung und die Möglichkeit einer Grenzgeschichte in einer „longue durée“-Perspektive.

Die Tagung erhielt eine Teilförderung durch die Aue-Stiftung (Helsinki). Dieser Bericht wurde zur einen Hälfte vom Verlag Baltische Briefe, zur anderen Hälfte vom Deutsch-Baltischen Kirchlichen Dienst und der Baltischen Historischen Kommission finanziert. Die Zusammenfassung der Vorträge besorgten die Tagungsleiter.